Die Romafrage - Fallbeispiel Tschechische Republik

Beitrag vom 19.12.2001 zum Jour Fixe: "Die Romafrage - ein besonderes Minderheitenproblem im Kontext der EU-Erweiterung"

Die tschechischen Roma zwischen exit und voice

In der Tschechischen Republik leben laut Volkszählung vom Frühjahr 2001 knapp 12.000 Roma. Schätzungen gehen indes von deutlich höheren Zahlen aus und kommen auf Größenordnungen zwischen 170.000 und 300.000, was einem Bevölkerungsanteil von 1,7 bis 3% entspricht. Damit gehört die Tschechische Republik im ostmittel- und osteuropäischen Vergleich zu den Ländern mit einem mittleren bis geringen Roma-Anteil an der Gesamtbevölkerung. Aufgrund der progressiven Altersstruktur der tschechischen Roma-Population und des demographischen Knicks in der Nicht-Roma-Bevölkerung kann mittelfristig mit einem spürbaren Anstieg des Roma-Anteils in der Tschechischen Republik gerechnet werden.

Die meisten tschechischen Roma haben ihre direkten oder indirekten Wurzeln in der Slowakei. Während nur knapp 1.000 tschechische Sinti und Roma die Zeit des *Reichsprotektorats Böhmen und Mähren* überlebten, blieb den slowakischen Roma das Schicksal der physischen Vernichtung weitgehend erspart. Im von Deutschland vasallisierten *Slowakischen Staat* wurden die Roma als billige Arbeitskräfte v.a. in der Landwirtschaft benötigt. Nach dem Krieg kam es in der Tschechoslowakei zu einer beachtlichen Ost-West-Wanderung der Roma. Teils spontan, teils infolge einer gezielten staatlichen Politik der Umverteilung und "Zerstreuung" siedelten sich Roma aus dem östlichen Landesteil in den vormals von Sudetendeutschen bewohnten peripheren Regionen der tschechischen Länder, später auch in anderen Gegenden, v.a. in industriellen Zentren in Böhmen und Mähren, an. Dementsprechend sieht auch die heutige territoriale Verteilung der Roma-Bevölkerung in der Tschechischen Republik aus: Die Hälfte der tschechischen Roma wohnt in den industriellen Agglomerationen Nordböhmens und Nordmährens. Mit der spezifischen regionalen Konzentration geht folglich auch ein hoher Urbanisierungsgrad der tschechischen Roma einher.

Die Roma-Politik der kommunistischen Tschechoslowakei beruhte - vereinfacht gesagt - auf einer Anhebung des Lebensstandards ohne Anerkennung oder Berücksichtigung ethnischer Spezifika. Diese - phasenweise durch eine aktive Dispersion (*rozptyl*) der Roma flankierte - Politik der Assimilierung durch Verbesserung der materiellen Situation hatte ihre - von vielen Roma bis heute geschätzten - *Positiva*. Im Gegensatz zur Nach-Wende-Zeit besaßen die meisten Roma doch wenigstens:

- Arbeitsplätze (im extensiven Wirtschaftsmodell des tschechoslowakischen Realsozialismus bestand auch Nachfrage nach unqualifizierter Arbeitskraft);
- Wohnungen (zur Verfügung stand zunächst ehemals von Deutschen genutzter Wohnraum, später kam neuer Wohraum hinzu, der im Rahmen der sozialistischen Wohnungs- und Sozialpolitik erstellt wurde);
- Sicherheit (so hatten die Roma keine staatliche Verfolgung oder Gewaltakte durch rassistische Gruppen zu befürchten).

Damit ist selbstverständlich noch nichts über die Qualität der Arbeitsplätze (oftmals Hilfsarbeitertätigkeiten) oder der Wohnungen (meist in schlechtem Zustand, überbelegt) gesagt, gleichwohl stellten für viele Roma selbst diese ambivalenten "Errungenschaften" ein gesellschaftliches Vorankommen dar.

Die Kehrseite der paternalistisch-assimilatorischen Roma-Politik der kommunistischen Ära bestand in einer Negierung der kulturellen Besonderheiten der Roma. Den Roma wurde keine Möglichkeit zugestanden, sich als ethnische Minderheit kulturell, gesellschaftlich und erst recht politisch zu artikulieren. Daß diesbezüglich sehr wohl Bedarf und Initiativkraft vorhanden waren, zeigte die Konstituierung eines *Bundes der Zigeuner - Roma*, der sich in der Zeit des Prager Frühlings bildete.

Die Samtene Revolution vom November 1989 und die neue Realität der Nach-Wende-Zeit stellt sich für die tschechischen Roma insofern ambivalent dar. Einerseits bot sich den Roma erstmals die Möglichkeit, ihre Sprache und ihre kulturellen Eigenheiten zu pflegen. Andererseits verstärkten sich altbekannte und entstanden neuartige soziale Pathologien. Der Fokus der Medien zielte in bisher unbekannter Intensität auf die Roma, bisher latente Ressentiments der Nicht-Roma-Mehrheit wurden manifest, Roma wurden reihenweise arbeitslos, Drogenkonsum und -sucht erreichten neue Dimensionen.

Die Roma nach 1989 - exit und voice

Das Verhalten der tschechischen Roma läßt sich unter Rekurs auf die aus der Organisationssoziologie stammenden Termini exit und voice beschreiben: Auf Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in einem gegebenen Umfeld reagieren individuelle oder kollektive Akteure entweder durch konstruktive Kritik und den Versuch, den

bestehenden Zustand zu verändern (voice), oder dadurch, daß sie auf eine Reform ihrer Umgebung verzichten und das System verlassen (exit). In der Zeit seit 1989 wurden beide Verhaltensformen sichtbar.

- Zunächst kam es zu einer Welle der Aktivität und der Mobilisierung der Roma bzw. des Roma-Umfelds. Kulturelle, gesellschaftliche und politische Organisationen wurden gegründet, in Romanes wurde geschrieben und gedichtet, der Staat subventionierte Druckerzeugnisse von Roma und über Roma, an Hochschulen konnte Romistik studiert werden, im öffentlichen Rundfunk sprachen Roma in ihrer Sprache. Vertreter der Roma waren auch in den Legislativkörperschaften präsent. Wenn man so möchte, dominierte die Kategorie "voice".
- Bald erlahmte indes die Dynamik der neuen Roma-Subkultur. Die soziale Situation der meisten Roma verschlechterte sich, der Schwung der Roma-Bewegung übertrug sich nicht auf die Roma-Basis. Anstelle von Aktivierung machte sich Resignation und Apathie breit. In und zwischen den gesellschaftlichen Organisationen der Roma machten sich Risse, persönliche Querelen und inhaltliche Differenzen bemerkbar. Gleichzeitig wurden Aversionen der tschechischen Mehrheit gegenüber der Roma-Minderheit sichtbar, kam es zu Roma-feindlichen Vorfällen.
- In der zweiten Hälfte der 90er Jahre schob sich daher die exit-Strategie in den Vordergrund. Wachsende Deprivation, rassistische Gewalt und Anzeichen von Diskriminierung waren wichtige Beweggründe dafür, daß es immer wieder zu Migrationswellen tschechischer Roma ins westliche Ausland kam. Eine im August 1997 ausgestrahlte Fernsehsendung des privaten TV-Kanals Nova über die (angeblich) angenehmen Lebensbedingungen tschechischer Roma, die nach Kanada ausgereist waren, führte dazu, daß sich hunderte Roma aus der Tschechischen Republik auf die Reise über den Atlantik machten. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu oft spontanen Migrationsschüben nach Übersee oder in Länder West- und Nordeuropas. Die Debatte um das "Aussortieren" tschechischer Roma, die nach Großbritannien reisen wollten, am Prager Flughafen Ruzyne zeigte, daß auch gegenwärtig die exit-Thematik nicht an Aktualität verloren hat. Die Stimme der Roma ist seither vor allem zu hören, wenn es um besonders eklatante Formen von Diskriminierung oder Separation (so etwa im Zusammenhang mit der "Mauer von Usti") geht.

Migration tschechischer Roma - wer, wieso, wohin?

Welche Verhaltensform wird künftig im Vordergrund stehen? Werden sich beide gleichzeitig verstärken? Oder wird es zur stillen Verfestigung eines problemvollen Zusammenlebens zwischen Roma und Nicht-Roma in der Tschechischen Republik kommen?

Werfen wir einen Blick auf Motive und Situation der Roma, die planen, ihre tschechische Heimat zu verlassen. Eine von tschechischen Soziologen für die International Migration Organization erstellte Studie aus dem Frühjahr 2000 liefert wichtige Anhaltspunkte. Die "Analyse des Migrationsklimas und der Migrationstendenzen in westeuropäische Länder in Roma-Gemeinschaften in ausgewählten Städten der Tschechischen Republik" stellt fest, daß es während der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einem Wandel im Migrationsgebaren der Roma-Migration aus der Tschechischen Republik kam. Die Familien, die sich zu einem Weggang entschließen, kalkulieren eine eventuelle Rückkehr nach Tschechien von Anfang an in ihre Reisepläne mit ein. So werden Wohnungen und Vermögen meist nicht verkauft, die Abreise erfolgt möglichst diskret, um so weiterhin den Bezug von Sozialleistungen in der Tschechischen Republik aufrechterhalten zu können. Offensichtlich verfügen die meisten Ausreisewilligen über gute Kenntnisse im Hinblick auf ihr Zielland und die dortige soziale Situation. Informationen und Erfahrungen werden in der Regel innerhalb der Roma-Kommunitäten ausgetauscht. Aus dem nordmährischen Ostrava wird berichtet, daß Organisationen, welche die Ausreise in potentielle Zielländer vermitteln, (Reisekosten-)Kredite gewähren und über Details hinsichtlich der zu erwartenden Asylverfahren informieren. Für gewöhnlich ist der Umstand, daß im Zielland Asylbewerbern keine monetären Leistungen ausbezahlt werden bzw. die Chancen auf Asyl gering sind, kein Grund dafür, die Migrationsentscheidung zu revidieren. Zumeist besteht die Auffassung, daß man letzlich doch "immer Arbeit finden wird".

Vor allem vier Motive führen dazu, daß Roma die Tschechische Republik verlassen (in absteigender Reihenfolge):

- 1. keine Arbeit
- 2. keine Wohnung
- 3. Gefährdung durch rassistische Gewalttaten
- 4. Anstieg der Lebenshaltungskosten

Insgesamt spielen das Bemühen, die Familie materiell zu sichern und zu schützen sowie die Familie zusammenzuhalten (auch als Grund für eine eventuelle Rückkehr), eine wichtige Rolle bei der Migrationsentscheidung.

Allem Dafürhalten nach sind es weniger die Roma-Unterschichten oder die dünne Roma-Elite, sondern hauptsächlich der "Roma-Mittelklasse" zuzuordnende "Aktivere, Informiertere und Erfahrenere, nicht zuletzt die, die in einem bestimmten Land oder im Ausland Verwandte haben." Daß es oft keineswegs die Allerbedürftigsten

sind, die sich auf die Reise machen, bestätigen auch Untersuchungen aus der Slowakei. Erklärungsversuche gibt es hierfür zwei. Einerseits handelt es sich bei der Roma-Mittelschicht um einen Personenkreis, der sich geschickt im Ausland bewegen kann und die zur Verfügung stehenden Informationen besser verwertet. Andererseits kann vermutet werden, daß gerade die Roma-Mittelschicht zu den besonderen Verlierern des Systemwechsels gehört. Für sie ist horizontale Mobilität auch ein Weg zur Erlangung vertikaler Mobilität, mithin zur Überwindung sozialen Abstiegs.

Einige Zahlen belegen, daß die von den potentiell ausreiseweilligen Roma angegebenen Motive einen sehr realen Hintergrund haben.

1. Beschäftigung

Schätzungen gehen davon aus, daß die Arbeitslosigkeit unter Roma um ein Vielfaches höher ist als im Landesdurchschnitt und bei bis zu 75-80% liegt. Etwa 80-90% der Roma treten mit 15 Jahren, also direkt nach der acht Jahre dauernden "Grundschule" und meist ohne Abschluß, auf den Arbeitsmarkt. Sofern sie eine Beschäftigung finden, werden sie meist als "unqualifizierte Arbeiter" oder Hilfskräfte eingestellt. Mit Blick auf den langfristigen Wandel in der Beschäftigungsstruktur weisen tschechische Fachleute auf ein nachhaltiges Auseinanderbewegen von Nachfrage (wachsende Qualifikation) und Angebot der Roma (stagnierendes Bildungsniveau) auf dem tschechischen Arbeitsmarkt hin. Diskriminierung durch potentielle Arbeitgeber, Gesundheitsprobleme, ein spezifisches Arbeitsethos sowie mangelnde Qualifikation vertiefen Strukturprobleme bei der Beschäftigungssituation der Roma (hohe Langzeitarbeitslosigkeit, hohe Jugendarbeitslosigkeit).

2. Wohnen

Die Mehrheit der tschechischen Roma (schätzungsweise 50%) leben in kommunalen Wohnungen minderer Qualität. Da nach 1989 sowohl die Kommunen als auch sonstige Eigentümer die Zahlung von Miete konsequent verfolgen, gleichzeitig viele Roma nicht in der Lage sind, ihre Mietschuld zu begleichen, kam es vielfach zu Ausweisungen der Roma aus ihren bisherigen Wohnungen. De facto werden Roma oft in Wohnsiedlungen umquartiert, in denen im wesentlichen Roma bzw. "soziale Problemfälle" untergebracht sind. Damit kommt es in vielen Städten zur Konzentration der Roma-Bevölkerung. Die für Roma-Fragen zuständige Interministerielle Kommission der tschechischen Regierung hat hierzu pessimistisch festgestellt: "Konsequenz ist die Schaffung einer Art neuzeitlicher Gettos, in denen die Menschen oft in schlechten sozialen und hygienischen Verhältnissen leben und sich von Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten entfernen." Der frühere Regierungsbeauftragte für die Roma, Petr Uhl, sprach von "sozialer Segregation mit einer ethnischen Dimension".

3. Gewalt

Nach 1989 wurden hunderte tschechischer Roma Opfer rassistischer Gewalttaten, mindestens ein Dutzend Roma wurde bei rassistisch motivierten Übergriffen ermordet. Nicht nur die Gewalttaten als solche, vor allem die oft nachlässige Ahndung durch die Polizei und die wenig konsequente Haltung der Gerichte ließ bei vielen Roma das Vertrauen in den Staat schwinden. Schlagzeilen machte ein Fall, bei dem zwei Schläger, die mehrere Roma aus einem fahrenden Zug geworfen hatten, in erster Instanz vom Vorwurf einer rassistischen Straftat freigesprochen wurden. Die Begründung lautete, bei den Roma handele es sich um Indo-Europäer, folglich nicht um Angehörige einer fremden Rasse. Somit könne Rassismus als Motiv ausgeschlossen werden!

Die tschechische Regierung blieb in Anbetracht nicht nur der angesprochenen Probleme im Zusammenleben zwischen Roma und Nicht-Roma selbstverständlich nicht untätig. Aber es dauerte doch bis zum Frühjahr 2000, daß erstmals ein umfassendes Regierungsdokument zur Roma-Thematik präsentiert wurde: die "Konzeption der Regierungspolitik gegenüber Angehörigen der Roma-Gemeinschaft zur Förderung ihrer Integration in die Gesellschaft". Die Konzeption bildet zusammen mit einer Reihe weiterer Regierungsbeschlüsse das Rückgrat der offiziellen Roma-Politik der tschechischen Regierung. Dem mit der Roma-Problematik befaßten Regierungsbeauftragten für Menschenrechte obliegt es, die Realisierung der einschlägigen Konzepte zu überprüfen. Trotz Lücken bei der Initiierung und Implementation vieler Einzelmaßnahmen konnte die Prager Regierung - im Zusammenwirken mit Pro-Roma-NGOs - in einigen Bereichen Verbesserungen herbeiführen bzw. wenigstens die Voraussetzungen hierfür schaffen. So wurde die Anzahl der Vorbereitungsklassen auf den Schulbesuch für Roma-Kinder (sog. Nullte Jahrgänge) bis 2000 auf 114 ausgeweitet (allerdings bestehen solche Klassen auch an Sonderschulen, was eigentlich dem Zweck dieser Einrichtung, nämlich Roma-Kinder gerade von diesem Schultyp wegzubringen, widerspicht). Das Netzwerk der auf Bezirksebene angesiedelten Roma-Berater wurde komplettiert und soll in Kürze den neuen Gegebenheiten der Verwaltungsstruktur angepaßt werden. Die Roma-Berater haben sich rasch als Anlaufstelle für ratsuchende Roma etabliert, ihre Einrichtung wurde vom Regierungsbeauftragten als "einer der größten Erfolge der tschechischen Staatsorgane" bei der Lösung des Zusammenlebens mit den Roma

bezeichnet. Projekte gemeinschaftlichen Wohnens wurden ebenso lanciert wie eine Vielzahl von Vorhaben im Bereich der Roma-Kultur.

In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht honoriert die Europäische Kommission die Bemühungen der tschechischen Behörden: "Die tschechische Regierung hat große Anstrengungen unternommen, um die Situation der Roma und anderer Minderheiten zu verbessern. Im Einklang mit der im Juni 2000 beschlossenen Roma-Politik der Regierung bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen, um die weit verbreitete Diskriminierung dieser Gruppe zu bekämpfen." Mit dieser im Tenor durchaus wohlwollenden (und in Prag auch dementsprechend aufgenommenen) Einschätzung signalisierte man der Prager Regierung zu Recht Anerkennung dafür, daß sie sich der Problematik mittlerweile ernsthaft angenommen hat. Indes sollte man sich dessen bewußt sein, daß selbst die Realisierung der "weiteren Maßnahmen" keine raschen Erfolge zeitigen kann.

Kein Grund zum Optimismus

Es ist eher davon auszugehen, daß die Roma-Problematik so oder so als strukturelles Problem längerfristig präsent bleiben wird. Denn selbst wenn die ambitionierten Pläne greifen, werden sichtbare und in "die Breite" gehende Effekte erst nach mehreren Jahren, vielleicht erst in einer Generation eintreten. Eine Stabilisierung und leichte Verbesserung der Situation der Roma-Minderheit und ihrer Koexistenz mit der Nicht-Roma-Mehrheit wäre bereits als relativer Erfolg zu beurteilen.

Gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einer ungünstigen Ausprägung einzelner oder mehrerer Problemfelder bzw. Kontextfaktoren kommt, welche zu Rückschlägen bei der Integration der Roma-Minderheit führen könnten.

- Ein geringeres Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosenzahlen würden die Arbeitsmarktchancen der Roma zusätzlich schmälern.
- Sollten die Staatsfinanzen reformiert werden und etwa aufgrund sinkender wirtschaftlicher Dynamik Haushaltsengpässe entstehen, könnten Mittel, von denen spezifisch oder generell (etwa im Sozialbereich) Roma profitieren, gekürzt werden.
- Nicht ausgeschlossen werden kann ein Erstarken nationalistischer Gruppierungen, z.B. eine Rückkehr der nationalistischen tschechischen Republikaner ins Parlament. Dies würde zu einer Verschlechterung des politischen und gesellschaftlichen Klimas führen und eine Minderung der Akzeptanz von Pro-Roma-Politiken mit sich bringen.
- Jederzeit ist eine Zunahme rassistischer Gewalt möglich, die einen weiteren Vertrauensverlust der Roma gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, aber auch gegenüber den Behörden hervorrufen würde. Nach Gewalttätigkeiten gegen Roma wurde (bislang allerdings ohne größere Resonanz) von einigen Roma-Aktivisten die Gründung von eigenen Bürgerwehren angekündigt.
- Mit der EU-Mitgliedschaft fällt ein external stick weg, der die Regierung für die Roma-Thematik sensibilisierte nämlich die Disziplinierung im Rahmen des Beitrittsprozesses.

Unabhängig davon, ob sich negative Tendenzen verdichten oder sich eine allmähliche Stabilisierung durchsetzen wird – mit einem kurzfristigen Wandel zum Besseren wird nicht zu rechnen sein. Für viele Roma, die traditionell stärker in den Dimensionen der Gegenwart als in längerfristigen Kategorien denken, wird insofern der Eindruck der Stagnation im Vordergrund stehen. Was heißt dies für das Verhalten der Roma und ihrer Repräsentanten?

- Ungeduld und Unzufriedenheit unter den Roma werden nicht abnehmen. Unterschiedliche Strategien, auch bei der Frage der Kooperation mit "offiziellen" Stellen werden weiterhin präsent sein. Eine allfällige Zunahme negativer Trends (etwa Gewalt, wachsende Diskriminierung) hätte eher eine Radikalisierung von Teilen der Roma-Bewegung als ein durch äußeren Druck bewirktes Zusammenwirken der unterschiedlichen Roma-Gruppen zur Folge. Fragmentierung wird vermutlich weiterhin ein dominantes Charakteristikum der Roma-Gemeinschaft sein. Damit ist aber die Möglichkeit, mit einheitlicher Stimme zu sprechen, prinzipiell eingeschränkt.
- Es ist eher wahrscheinlich, daß die Emigrationsneigung zunimmt. Allerdings wird einem wachsenden Wanderungsdruck eine stärker restriktive Haltung möglicher Zielländer entgegentreten. Asylbewerber aus dem künftigen EU-Mitglied Tschechische Republik können kaum damit rechnen, in einem anderen Mitgliedsland Asyl zu erhalten, auch in anderen Zielländern werden die Chancen auf den Erhalt eines Asyloder Flüchtlingsstatus erheblich sinken. Eingedenk der o.a. Erkenntnisse über das Migrationsverhalten der tschechischen Roma kann indes nicht ausgeschlossen werden, daß es zunächst noch zu spontanen Auswanderungswellen in bestimmte Länder kommt. Differentiale in der Höhe der sozialen Sicherungssysteme kommen als eventueller Migrationsanreiz nur eingeschränkt in Betracht, da sich tschechische Staatsbürger (eines künftigen EU-Mitgliedslandes Tschechische Republik) nicht direkt in die soziale Sicherung "einklinken" können.

Insgesamt ist daher eine Fortführung von Prozessen der Demobilisierung und Resignation sowie eine Zunahme von sozialen Pathologien wahrscheinlich. Eine Entfernung von der Mehrheitsgesellschaft ist möglich. Lediglich bei einer Dynamisierung und Ausweitung der integrationsunterstützenden Maßnahmen könnte Besserung eintreten. Bei alledem ist zu bedenken, daß die Roma-Problematik nicht so brisant ist wie in anderen Ländern der Region, etwa in Rumänien oder in der benachbarten Slowakei, wo ein Roma-Anteil von 8-10% der Bevölkerung (mit regionalen Konzentrationen von teils über 20%) besteht.

Vorschläge

Ohne auf die Vielzahl der laufenden und geplanten Projekte eingehen zu wollen, sollen an dieser Stelle einige kurze Anregungen gegeben werden, auf welche Bereiche besonderes Augenmerk gerichtet werden sollte.

- Eine wachsende, wenn nicht entscheidende Bedeutung wird mittelfristig der intermediären Etage im vertikalen Aufbau des politischen Systems zukommen. Auf der Ebene der Regionen (kraje) werden zunehmend politische Entscheidungen mit Gestaltungsmacht gefällt, wird auch über die Verwendung von Ressourcen entschieden. Im Gegensatz zur nationalen Politik bauen politische Eliten auf regionaler Ebene oft nur in begrenztem Maße externe Impulse sowie Kriterien wie Minderheitenschutz oder Menschenrechte in ihr politisches Handeln ein. Nachzudenken wäre daher darüber, wie die Roma-Frage zu einem prioritären Thema auf der intermediären Ebene gemacht werden kann.
- Gleiches gilt im Grundsatz auch für die kommunale Ebene, wo immer wieder Fälle von Diskriminierung und problematischem Verhalten lokaler Eliten regstriert werden. Die Mauer von Usti, der Versuch eines Prager Bezirksbürgermeisters, Roma aus seinem Sprengel auszulagern, oder der Vorschlag einer Kommunalpolitikerin aus Ostrava, ausreisewilligen Roma die Flugtickets zu bezahlen, haben sich nicht von ungefähr auf kommunaler Ebene abgespielt.
- Der Dialog zwischen zwischen Mehrheit und Roma-Minderheit sollte (über die Kreise der Roma-Interessierten hinaus) vertieft, verbreitert und intensiviert werden. Solange noch 43% der Tschechen glauben, ein gutes Zusammenleben zwischen Roma und Mehrheit sei überhaupt nicht möglich, besteht hier erheblicher Handlungsbedarf.
- Deutlicher akzentuiert werden sollte die Stabilisierung der Roma-Kommunitäten, wobei drei Segmente eine Schlüsselrolle spielen können:
 - Die Roma-Mittelschicht, die als Vorbild nach außen gegenüber Nicht-Roma und nach innen gegenüber v.a. jüngeren Roma wirken kann.
 - Aktivisten von der Basis der Roma-NGOs und der GOs (Roma-Koordinatoren, Assistenten in Schulen usw.), die eine Schnittstellenfunktion zwischen Roma-Gemeinschaften und Behörden haben.
 - Die Roma-Honoratioren, die als Autoritäten wenigstens in den noch intakten (Groß-)Familienstrukturen wirken können.

© 2001 Stiftung Wissenschaft und Politik www.swp-berlin.org